

MIT BLITZER IM MINUS

Die Stadt Oschatz macht beim Blitzen Verluste **Seite 13**



ABO-PLUS

Rabatt-Aktionen für Zeitungs-Abonnenten **Seite 20**



PROMI-KLATSCH

Neues aus der Welt der Stars und Sternchen **Seite 11**



OSCHATZ

Besuch aus Filderstadt

Oschatz (hr). Gäste aus der Partnerstadt Filderstadt werden in der kommenden Woche Oschatz besuchen. Die Gruppe besteht vor allem aus jungen Leuten der Big Band aus Filderstadt. Schon im vergangenen Jahr waren die Musiker beim Oschatzer Stadtfest zu Gast. Die Big-Band-Mitglieder werden am Mittwoch der kommenden Woche im Müntzer-Haus ein großes Konzert geben. Dazu werden die Mitglieder des Oschatzer Tanzsportclubs tanzen. **► Seite 13**

NAUNDORF/LIEBSCHÜTZBERG

Skepsis zu Studie

Naundorf/Liebschützberg (cku). Die Empfehlung des Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen, die Gemeinden Naundorf und Liebschützberg sollten sich langfristig in Richtung Oschatz orientieren, wird von den Naundorfer Abgeordneten größtenteils skeptisch betrachtet. Der Liebschützberger Bürgermeister Karl-Heinz Börtitz (CDU) begrüßt die Absicht, Oschatz als Zentrum zu stärken. **► Seite 16**

OAZ HEUTE

- **Politik:** Königin Beatrix besucht die deutsche Hauptstadt – **Seite 2**
- **Sachsen:** Hund aus Oschersleben zerstört 8000-Euro-Couch – **Seite 4**

WIRTSCHAFT

Bahn-Tarifrunde dauert an

Frankfurt/Main (dpa). Die Deutsche Bahn und die Lokführer-Gewerkschaft GDL ringen seit gestern Vormittag um eine Tarif-Einigung. Bis zum Abend lag noch kein Ergebnis vor. **► Seite 5**

HINTERGRUND

Neue Plagiatsvorwürfe

Heidelberg (AFP). Plagiatsjäger haben nach Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) jetzt die FDP-Europapolitikerin Silvana Koch-Mehrin ins Visier genommen. Internetautoren listeten Seiten mit angeblichen Plagiaten in der Doktorarbeit auf, die Koch-Mehrin im Jahr 2001 veröffentlicht hatte. Die Uni Heidelberg leitete eine Überprüfung der anonymen Vorwürfe ein. **► Seite 3**

SPORT

ManU und Barca weiter

Manchester (dpa). Manchester United und der FC Barcelona stehen im Halbfinale der Fußball-Champions-League. ManU setzte sich gegen Chelsea London durch, Barca gegen Schachtjor Donezk. **► Seite 22**

HINTERGRUND

Atomunglück hochgestuft

Tokio (AFP). Japan hat das Atomunglück im AKW Fukushima auf dieselbe Stufe wie die Tschernobyl-Katastrophe gestellt. Es wurde auf die maximale Stufe 7 der internationalen Unfallskala hochgestuft. **► Seite 3**

FINANZEN

DAX 7102,91 (-1,42%)	TecDAX 909,53 (-2,25%)	EUR/USD 1,4470 (+0,25%)

WETTER

MI 10°/3°	DO 11°/3°	FR 11°/4°

DONNERSTAG

► Neu im Kino: „Alles, was wir geben mussten“ – **Filmseite**



Traditionslok gestern in Oschatz eingetroffen



Vorbereitung zum Andampfen: Nicht nur der Wilde Robert, auch der Nachbau der I K wird am Freitagabend beim Andampfen der Schmalspurbahnsaison in Oschatz dabei sein. Thomas Keilwagen, Lutz Haschke, Klaus Kuroпка und Roger Glanz (v.l.) konnten die sächsische Traditionsbahn in Oschatz begrüßen. Foto: Sven Bartsch

Riester-Anbietern droht Klagewelle

Bund fordert Zulagen zurück / Osten besonders betroffen

Leipzig. Anbietern von Riester-Verträgen droht eine Klagewelle. Verbraucher sollten prüfen, ob sie unzureichend informiert wurden, sagte gestern Kay Görner von der Verbraucherschutzzentrale Sachsen. In den neuen Bundesländern sind nach Einführung der staatlich geförderten Altersvorsorge besonders viele Verträge abgeschlossen worden. Der Bund fordert inzwischen ungerichtet gezahlte Zulagen zurück.

Von SABINE SCHANZMANN-WEY

„Wer Zulagen endgültig verloren hat, kann Schadenersatzansprüche gegen seinen Anbieter prüfen lassen, wenn dieser nicht ausreichend über bestehende Informationspflichten beraten und informiert hat“, sagte Görner. Zudem übte der Verbraucherschützer scharfe Kritik am Vor-

gehen des Bundes. „Es bestehen große Unsicherheiten, weil Riester schwer zu verstehen ist. Zum Teil sind die Anbieter dabei auch selbst überfordert.“ Viele Riester-Sparer werden gar nicht, welche Angaben sie machen müssen. „Wir befürchten, dass auch viele Verbraucher in Sachsen betroffen sind.“

Das Bundesfinanzministerium hat nach eigenen Angaben bislang 1,5 Millionen Rückbuchungen von Riester-Zulagen durchgeführt, insgesamt eine Summe von knapp 500 Millionen Euro. Allein beim Marktführer Union Investment sei es im vorigen Jahr ein mittlerer zweistelliger Millionenbetrag gewesen, teilte die Fondsgesellschaft auf Anfrage mit. In der weit überwiegenden Zahl der Fälle handele es sich dabei um Sparer, die ihren Vertrag vorzeitig gekündigt oder Geld für andere Zwecke wie etwa den Autokauf abgeho-

ben haben, so eine Ministeriumssprecherin. Seit vorigem Jahr werden ihren Angaben zufolge jedoch durch ein automatisches Kontrollverfahren auch solche Fälle erfasst, bei denen die Voraussetzungen zum Erhalt der Zulage nicht oder nicht in voller Höhe vorliegen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn sich das Einkommen verändert hat oder ein Kind geboren wurde. Aktuell werden Rückforderungen für die Jahre 2005 bis 2007 vorgenommen. Weitere dürften folgen.

Bislang wurden insgesamt 14,4 Millionen Riester-Verträge abgeschlossen, knapp neun Milliarden Euro an Zulagen sind geflossen. Laut einer Studie haben in der Region Leipzig und Dresden gut 35 Prozent der Anspruchsberechtigten einen Riester-Vertrag, bundesweit sind es im Schnitt nur 27,3 Prozent. **► Kommentar Seite 3/Seite 7**

Minsk (dpa). Immer mehr Opfer und erste Festnahmen nach dem Bombenanschlag in der Minsker Metro: Die Behörden im autoritären regierten Weißrussland haben nach eigenen Angaben mehrere Verdächtige ausfindig gemacht. Nähere Angaben zur Identität der Männer machte Vize-Generalstaatsanwalt Andrej Kozlov zunächst nicht. Es habe sich bei dem Anschlag um mindestens zwölf Tote nicht um ein Selbstmordattentat gehandelt, sagte der Ermittler gestern nach Angaben der unabhängigen Agentur Belapan. Der mit Metallteilen gespickte Sprengsatz mit einer Sprengkraft von drei Kilogramm TNT sei ferngezündet worden.

Den Angehörigen der Tote versprach die Führung des verarmten Landes jeweils umgerechnet 6900 Euro Schadenersatz. Bislang wurden zehn Tote identifiziert. Die betroffene Metrolinie blieb zunächst außer Betrieb. **► Seite 3**

Minsk Festnahmen nach Anschlag auf Metro

Fast jede dritte Klinikabrechnung fehlerhaft

Rechnungshof: Krankenkassen zahlen 875 Millionen Euro zu Unrecht an Krankenhäuser

Bonn/Berlin (dpa). Etwa jede dritte geprüfte Klinikabrechnung ist nach Ermittlungen des Bundesrechnungshofs fehlerhaft. Die Krankenkassen zahlten rund 875 Millionen Euro vom Beitragszahler zu Unrecht an die Krankenhäuser, teilte der Rechnungshof gestern in Bonn mit. Die Kassen forderten bessere Bedingungen für ihre Rechnungsprüfungen. Die Kliniken werfen dem Rechnungshof indes eine Fehleinschätzung vor.

Das Geld müsse an die Kassen zurückerstattet werden, so der Rechnungshof. Er forderte das Bundesgesundheitsmi-

nisterium auf, eine Vereinfachung des Abrechnungssystems sowie wirksamere Kontrollverfahren zu prüfen.

Das Abrechnungssystem der Krankenhäuser weise mehrere Schwächen auf, urteilten die Rechnungsprüfer. Die Zuordnung der einzelnen Behandlungen und Diagnosen zu den Kostensätzen sei äußerst kompliziert. Schon einfache Fehler könnten große finanzielle Konsequenzen haben. Derzeit müsse das falsch abrechnende Krankenhaus der Kasse nur den zu viel gezahlten Betrag erstatten – aber keine Strafe. Kassen

aber müssten 300 Euro zahlen, wenn eine Einzelfallprüfung keine Fehler ergibt. Mit dieser Regelung sollten die Einzelfallprüfungen eingedämmt werden.

„Krankenhausesrechnungen sind so oft falsch, weil dort der Anreiz fehlt, sich bei der Rechnungsstellung ausreichend Mühe zu geben“, kritisierte Kassensprecher Florian Lanz in Berlin. Wenn sich eine Rechnung als falsch erweise, solle künftig das Krankenhaus 300 Euro an die Kassen zahlen müssen. Der Gesetzgeber müsse die Ungleichbehandlung von Kassen und Krankenhäu-

sern möglichst schon mit dem aktuellen Versorgungsgesetz beseitigen.

Die Kliniken kontestierten, der Bundesrechnungshof unterliege einer Fehleinschätzung. „Ein Großteil der zwischen Kassen und Kliniken streitig gestellten Abrechnungen hat unterschiedliche medizinische Einschätzungen zwischen Kassen und Klinikärzten zum Hintergrund“, sagte der Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft, Georg Baum. Von einem Sparvolumen in der von den Prüfern angegebenen Höhe könne keine Rede sein.

Autobahntankstellen sauber, aber zu teuer

Europaweiter ADAC-Test: Raststätte Dresdner Tor erhält Prädikat ausreichend

München/Leipzig (dpa/rh). Deutsche Autobahn-Tankstellen sind nach einem Test des Automobilclubs ADAC zwar sauber, gehören in Europa aber zu den teuersten. „Vor allem für Getränke und kleine Snacks müssen Reisende hierzulande viel zu tief in die Tasche greifen“, teilte der ADAC gestern mit. Auch der Toilettenbesuch kostete immer häufiger 70 Cent, von denen man nur 50 Cent beim Einkauf im Shop zurückbekomme. Die hohen Preise sind nach Ansicht des Autoclubs nicht gerechtfertigt.

Beste deutsche Tankstelle mit der Wertung gut wurde Aichen auf der A 8 von München in Richtung Stuttgart. Als schlechteste deutsche Tankstellen gelten laut ADAC-Test Holzkirchen Nord an der A 8 Salzburg Richtung München und Tecklenburger Land Ost an der A 1 Münster Richtung Bremen. Sie schnitten mit mangelhaft ab.

Die Raststätte Dresdner Tor kam mit dem Prädikat ausreichend weg. Shop und sanitäre Einrichtungen erhielten zwar ein sehr gut, Zu- und Abfahrt sowie Tankbereich immerhin ein gut, aber Hygiene (ausreichend) und Preise (mangelhaft) schmälerten den Gesamteindruck.

Bei dem Test an 77 Autobahn-Tankstellen in elf europäischen Ländern stellte der ADAC bei 50 Anlagen hygienische Mängel bei den Toiletten fest: In den Proben fan-

den sich potenziell gesundheitsgefährdende Keime. Nur 27 WC-Anlagen – sieben davon in Deutschland – waren frei von bedenklichen Erregern. Insgesamt schnitten 23 Tankstellen mit einem gut, 48 mit einem ausreichend ab.

Sechs Stationen fielen mit mangelhaft komplett durch. Der ADAC forderte die Tankstellenbetreiber zum Handeln auf: „Nirgends – und erst Recht nicht in Europa – darf ein Toiletten-gang gesundheitsgefährdend sein.“

Die meisten deutschen Tankstellen landeten im Mittelfeld. Die zwölf getesteten Anlagen seien meist gut ausgestattet und hätten ein ausgewogenes Warenangebot. Elf von zwölf fielen in der Kategorie „Preise“ durch. Der Automobilclub mahnt mehrere Verbesserungen etwa für den Zugang von Behinderten an. Außerdem sollten Reisende früher und besser über die Benzinpreise informiert werden.

Die beste europäische Tankstelle ist die Station Kozlov-Cerná Studánka in Tschechien an der A 1 von Prag nach Brünn. Sie falle durch gepflegte Toiletten, ein großes Warenangebot, günstige Preise sowie barrierefreien Zugang zu Kasse, Shop und WC auf. Verlierer im ADAC-Test ist die niederländische Raststätte De Bunderkamp an der A 12 von Utrecht nach Arnhem.

► Weitere Testergebnisse unter www.adac.de

Gewinner des ADAC-Tests: Die Autobahn-Tankstelle Aichen an der A8. Foto: dpa

Ermittlungsverfahren Razzia gegen Linksextreme

Dresden (dpa/kol). Bei einer großangelegten Razzia gegen mutmaßliche Linksextremisten haben rund 400 Polizisten gestern 20 Wohnungen und Geschäftsräume in Sachsen und Brandenburg durchsucht. Im Zuge eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde umfangreiches Beweismaterial sichergestellt, teilte die Staatsanwaltschaft Dresden mit. Dies werde nun akribisch ausgewertet. Hintergrund sind Angriffe auf Angehörige der rechtsextremen Szene wie am Rande der Demonstrationen gegen den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden. **► Seite 4**

Benzinpreise

Super kostet soviel wie Super Plus

Berlin (dpa/AFP). Nach dem Debakel bei der Einführung des Biosprits E10 gibt es an vielen Tankstellen in Deutschland inzwischen zwar wieder das gewohnte Superbenzin, doch Autofahrer müssen dafür oftmals tiefer in die Tasche greifen. Es wird häufig zum gleichen Preis angeboten wie das hochwertigere Super Plus. Heute kommt das Kraftstoff-Chaos im Bundestag auf die Tagesordnung. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat unterdessen das Nein Deutschlands zu einer Reform der Steuer auf Benzin und Diesel bekräftigt. **► Leitartikel/Seite 2**

LEITARTIKEL

Von Thilo Boss

Durchsichtige Debatte

Man kann schon die Uhr danach stellen. Jedes Jahr vor Ostern steigen die Spritpreise. Jedes Jahr werden die Mineralölkonzerne an den Pranger gestellt. Und jedes Jahr schaltet sich die Politik mit flotten Sprüchen in die Debatte ein. Warum sollte das bekannte Spielchen im Jahr 2011 auch anders ablaufen? Weder das Reiseverhalten der Deutschen hat sich drastisch verändert, noch gibt es mehr Wettbewerb im Tankstellenmarkt.

Und trotzdem ist 2011 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren eine Zäsur: Diesmal wird sich selbst der Bundestag mit dem Tohuwabohu an den Zapfsäulen beschäftigen. In der Geschichte der Bundesrepublik dürfte dies eine Premiere sein. Im wiedervereinten Deutschland ist sie auf jeden Fall, weil der Spritpreis zum Politikum wird. So wie es das Gesetz zur Rentenversicherung oder die Neuordnung des Krankenversicherungswesens ist. Das ist wirklich eine neue Qualität und erinnert an die Aufstellung von Jahresplänen.

Doch statt jetzt wieder mit pawlovschen Reflexen über Parteigrenzen hinweg in bekannter Weise auf die Mineralölkonzerne einzuprügeln, sollten sich die Parteien diesmal in der Herzkammer des Parlamentarismus ein Stück weit auch mit sich selbst beschäftigen. Nach wie vor kassiert der Staat beim Sprit am meisten ab und ist für die Einführung des E10 und auch für die geplante Steuererhöhung beim Diesel mitverantwortlich, egal, ob Brüssel Vorgaben macht. Berlin kann sich im Ministerrat ja querlegen. Und wenn die Mineralölkonzerne wirklich abzocken, dann ist das Bundeskartellamt gefragt, das Preisabsprachen aufdecken soll. Aber auch das ist wieder eine staatliche Veranstaltung.

Solange sich Deutschland als ein marktwirtschaftliches System versteht, dürfen Unternehmen Geld verdienen und kann der Staat keine Preise festlegen. Aber genau das ist das Perfide an der Diskussion. Statt den Wettbewerb zu stärken, hagelt es Kritik von Abgeordneten, weil sie sich Wählerstimmen versprechen. Watschenmänner können sich eben schlecht wehren, und wenn sie es versuchen, läuft das meist ins Leere. Das ist im Kindergarten schon so, und hat auch in der Spritpreisdiskussion seine Gültigkeit. Für den Bundestag ist es aber eigentlich zu wenig.

Vor allem mit Blick auf das E10-Gezerre. Dass Nahrungsmittel angebaut werden, um Treibstoff herzustellen, während in Afrika weiter Menschen verhungern, ist unter ethisch-moralischen Gesichtspunkten noch längst nicht ausdiskutiert. Das allein jedenfalls taugt für eine Debatte im Reichstag.

► th.boss@lvz.de